

Danziger Zeitung.



Beitung.

No 17163

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Juli. (W. T.) Die „Derschawa“, worauf der Kaiser von Russland dem Kaiser Wilhelm bei seinem Besuch entgegen zu fahren gedenkt, wird von zwei russischen Kreuzschiffen begleitet. Sobald Kaiser Wilhelm die „Derschawa“ betreten haben wird, dampfen das russische und das deutsche Geschwader nach Kronstadt, wo die Landung stattfindet und wo am Lande der kaiserliche Gast mit allen militärischen Ehren empfangen wird. Von Kronstadt geht nach dem offiziellen Empfang die Fahrt nach Peterhof. In der Begleitung des Zaren auf der „Derschawa“ wird sich mit Rücksicht darauf, daß Graf Herbert Bismarck in Begleitung des Kaisers Wilhelm sich befindet, auch der Minister des Neukern v. Giers befinden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Juli.

Die Thronreden und die freisinnige Partei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kann es sich in der letzten Sonntagsnummer nicht verigen, die Befriedigung, welche die Organe der freisinnigen Partei gegenüber den ersten Aufforderungen des neuen Regiments an den Tag gelegt haben, als Ausfluss politischer Berechnung zu bezeichnen und damit die freisinnige Presse in diesem Falle der Heuchelei zu bezichtigen. In welcher Absicht dieser Angriff gegen die freisinnige Presse in dem Organ der Regierung erfolgt ist, ist nicht ersichtlich, wenn man nicht etwa annehmen wollte, daß der „Nordd. Allg. Ztg.“ der innere Friede, der durch den Inhalt der Thronreden nach ihrer Meinung bestätigt worden ist, nicht als wünschenswerther Zustand erscheint. Die Haltung der freisinnigen Partei zu den Thronreden ist in den Adressen, welche Reichstag und Abgeordnetenhaus mit Einstimmigkeit beschlossen haben, zum Ausdruck gelangt. Diese Adressen stellen eine Beantwortung der Thronreden in ihren einzelnen Sätzen dar. Wo Stellen der Thronreden in der Adresse keine besondere Beantwortung gefunden haben, da hat eine Uebereininstimmung unter den Parteien nicht bestanden. Das ist der Fall gewesen in Bezug auf die Sätze der Thronrede, welche die Wiederaufnahme der kaiserlichen Botschaft von 1881 „in ihrem vollen Umfange“ und die Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie betrafen. Damit haben die Parteien, welche weder das Tabakmonopol etc. noch das Sozialstengesetz wollen, Stellung zu diesen Theilen der Thronrede genommen.

Abgesehen von diesen beiden Punkten ist aber die Befriedigung berechtigt, ganz besonders, so weit die äußere Politik in den Thronreden berührt ist. Die Perspective, die Kaiser Wilhelm in dieser Beziehung eröffnet hat, ist allerdings eine erfreuliche; und weit über die Grenzen des Reichshaus ist das Programm des jungen Kaisers als sicherste Gewähr des Friedens aufgenommen worden. Warum die Befriedigung darüber bei den Freisinnigen geringer sein sollte, als bei anderen Parteien, giebt die „Norddeutsche“ nicht an. Wenn auf irgend einer Seite über die Friedenspolitik Kaiser Wilhelms ein geringeres Maß von Befriedigung empfunden werden sollte, so könnte das nur in solchen Kreisen der Fall sein, welche über die Segnungen des Friedens anderer Meinung sind. Recht naiv ist die Verwunderung des offiziellen Blattes darüber, daß seit dem letzten Thronwechsel die Discussion über das Thema der Wahlfreiheit auf freisinniger Seite versummt ist. Die „Norddeutsche“ hat doch nicht vergessen, daß kurz vor dem letzten Thronwechsel diejenige Persönlichkeit, welche als die Verkörperung amtlicher Wahlbeeinflussung von der freisinnigen Partei nachhaltig und scharf bekämpft worden ist, ihrer Stellung entkleidet worden ist. Verschwinden wird dieses Thema von der Tagesordnung nicht. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß wir es bei und nach den bevorstehenden Landtagswahlen nicht in dem bisherigen Umfange zu erörtern nötig haben werden.

Zum Rücktritt des Chefs des Militärcabinets. Generals v. Albedyll, der seinen gegenwärtigen Posten wohl an zwei Decennien innegehabt und auf demselben einen weitgehenden, nicht immer allen militärischen Kreisen zu gleicher Befriedigung gereichenden Einfluß geübt hat, bemerkte die „Liberale Correspond.“: Aus der beabsichtigten Entlassung dieses Generals als Chef des Militärcabinets geht wiederum, wie aus der Entlassung der beiden Generaladjutanten Graf Lehndorff und Fürst Radziwill, hervor, daß Kaiser Wilhelm, bei aller Pietät gegen seinen Großvater, besonders auf militärischem Gebiet nicht darauf verzichten will, seine eigenen Anschauungen zur Durchführung zu bringen.

Die „Kreuzzitungspartei“.

Die Grörterungen über den Fortbestand des Cartells zwischen den Nationalliberalen, Freiconservativen und Deutschconservativen sind in ein neues Stadium getreten. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ ist von einem „hochangesehenen conservativen Parlamentarier“ aufgefordert worden, gegenüber gegenständigen Behauptungen klarzustellen, daß auch in der Cartellfrage die „Arzt-Ztg.“ nicht die Ansicht der conservativen Partei vertrete, wie sich das schon daraus ergabe, daß beim Schullastengesetz sogar Herr v. Kleist-Reckow die Stellungnahme der „Arzt-Ztg.“ öffentlich bekämpft und daraus hin fast die gesamte Fraktion die „Kreuzzitung“ im Stich gelassen habe. Es ist allerdings richtig, daß die staatsrechtlichen Deductionen des Herrn v. Kleist auf seine Freunde im Abgeord-

netenhause die Wirkung hatten, daß diese sich bei der zweiten Abstimmung über das Schullastengesetz in Widerspruch zu ihrer ersten Abstimmung setzten, bei der sie die Notwendigkeit einer Verbesserungsänderung aus Anlaß des Gesetzes befürworteten. Nur ein kleines Häuslein blieb der ersten Abstimmung treu. Es ist das im übrigen gerade keine seltsame Erscheinung im Abgeordnetenhaus, die besonders in den letzten Jahren, wie bei der Beratung der sog. Polenfrage, häufig hervorgetreten ist. Man ist auch gewohnt, die kleine Zahl der Dissidenten unter dem Namen „Kreuzzitungspartei“ zu begreifen. Es gehören zu ihr nicht gerade die politisch angesehenen und einflussreichsten Mitglieder der Partei, so Herr v. Meier-Arnswalde, der alte Freiherr v. d. Reck und natürlich vor allem die Kreuzzitungspredactoren Herr v. Hammerstein und Dr. Kropatschek. Anders aber stellt sich die Sache doch in Hinsicht auf die Vertretung, welche dieser Flügel der Partei in der Presse hat. So einflusslos und ohne direkte Einwirkung diese extrem-conservativen Herren im Parlament im wesentlichen gewesen sind, so gut und wirkungsvoll sind sie in der Presse vertreten. Man braucht nur an „Kreuzztg.“ und „Reichsboten“ zu erinnern, welche ihrerseits die conservative Provinzialpresse in sehr erheblichem Maße beeinflussen. Unter diesen Umständen dürfte es der conservativen Partei nicht ganz leicht werden, ihre von der „Kreuzztg.“ abweichen Ansichten in der Cartellfrage den conservativen Wählern gegenüber zur Geltung zu bringen. Lokale und persönliche Verhältnisse werden in jedem Falle den Ausschlag geben.

Revision der berufsgenossenschaftlichen Gefahrentarife.

In Folge der in § 28 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 gegebenen Bestimmung, wonach die erstmalige Revision der berufsgenossenschaftlichen Gefahrentarife nach Ablauf von längstens zwei Rechnungsjahren vorgenommen werden muß, haben die Berufsgenossenschaften in ihren diesjährigen Genossenschaftsversammlungen, für deren Abhaltung der Termin mit dem Monat Juni abgelaufen ist, ihrer großen Mehrzahl nach Änderungen in der Bildung ihrer Gefahrenklassen beschlossen. Die Änderungen sind, den „Pol. Nachr.“ zufolge, unter Berücksichtigung der in den einzelnen Betrieben und Betriebsgruppen vorgenommenen Unfälle getroffen worden und haben mehrfach, wie wir hören, auf Grund der praktischen Erfahrung einen einschneidenden Charakter erhalten. Es war dies allerdings bei der Neuheit der Institution vorzusehen, und die Genossenschaftsversammlungen sind dabei mit um so größerer Gründlichkeit zu Werke gegangen, als die nunmehr in Kraft tretenden Tarife eine 5jährige Geltungsdauer haben werden. Zu ihrer Gültigkeit bedürfen die über die Änderung der bisherigen Gefahrenklassen und Gefahrentarife gefassten Beschlüsse noch der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes. Das letztere hat deshalb mit der jetzt zum zweiten Male vorzunehmenden Durchsicht der berufsgenossenschaftlichen Tarife für die nächsten Monate eine umfangreiche Aufgabe gestellt erhalten.

Vom „deutschen California“.

Aus Südwest-Afrika sind, wie der „Voss. Ztg.“ mitgetheilt wird, wieder Berichte eingetroffen, welche nähere Aufschlüsse über die Vorgänge in Betreff des Goldgebietes in Damaraland bringen. Da auf Grund früherer Meldungen unklare und zum Theil unrichtige Notizen durch die Zeitungen gegangen sind, so mögen noch einige Darlegungen hier Platz finden:

Das einzige abbauwürdige Land auf jenem Gebiet soll dasjenige sein, auf welchem die australischen Goldgräber (Diggers) ihre Funde machen. Es sind deren fünf, Stevens und Genossen, welche am 23. Juli 1887 mit der „Deutschen Colonialgesellschaft für Südwest-Afrika“ und einem kapischen Krediter A. Ohlsson einen Vertrag abschlossen und eine Gesellschaft „Australian Prospecting Syndicate“ bildeten, nach welchem der Ertrag der Goldriffe in Achtel getheilt werden sollte; ein Achtel davon wurde von vornherein der Colonialgesellschaft zugesprochen, den Diggers wurden noch besondere Rechte eingeräumt. Stevens nahm bekanntlich nachher seine Thätigkeit auf und entdeckte an derselben Stelle, wo sein Vater vor 33 Jahren Gold aufgefunden hatte, die jetzt in Frage kommenden Felder. Es war die Gefahr vorhanden, daß dieses auf einem deutschen Schutzbereiche vorhandene Gold in fremde Hände kam, denn es bestanden im Stillen schon mehrere Vereinigungen fremder Nationen (Capland). Das veranlaßte Herrn v. Lillenthal, ermächtigt durch Personen aus höchsten Kreisen, mit einem eigenen Unternehmen vorzugehen. Es gelang seinen Abgeordneten, ^{5/8} der Anttheile an alle Rechte der Digger sowie deren fernere Thätigkeit zu gewinnen, ^{1/8} der Anttheile ist noch im Besitz der „Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika“, ^{1/8} hat das „Goldsyndicat“ an Ort und Stelle gekauft und das letzte Achtel behält der Besitzer. Seit dem Erlass der Goldverordnung vom 25. März d. J. steht es jedem frei, dort Gold zu suchen. Man darf aber keinesfalls annehmen, daß das Gold, welches Jahrtausende dort geruht hat und jetzt ans Tageslicht gezogen werden soll, durch das ganze Land verbreitet ist; es findet sich solches nur auf einem engbegrenzten Gebiete und jedermann muß sich hüten, Gefahren zu beitreten, welche auf gut Glück dort Gold suchen wollen. Es möchten arge Enttäuschungen entstehen, wie in Transvaal, wo von zahlreichen Unternehmungen nur wenige gut sind. Lebzigens ist das „Goldsyndicat“ durchaus unab-

hängig von der „Deutschen Colonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika.“

Es ist ein Privat-Unternehmen, wenn es auch hauptsächlich aus denselben Personen besteht. Im Vorstande dieses Syndicates steht auch der früher genannte Frhr. v. Oppenheim in Köln; ob selber aber den Ingenieur Scheidweiler, dessen Name bei den Hereros keinen guten Rang hat, auf eigene Rechnung entsandt, ist noch nicht gewiß; eine Bestätigung ist abzuwarten.

Das Urteil in dem Landesvertragsprojekt Dietz ist in der heutigen Morgenausgabe telegraphisch mitgetheilt worden. In den Entscheidungsgründen des Urteils wird als festgestellt angenommen, daß die verrathenen Schriften, dem Urteil der militärischen Sachverständigen folge, solche waren, deren Geheimhaltung zum Wohle des deutschen Reiches unbedingt erforderlich gewesen, daß aber Dietz als Deutscher selbst der französischen Regierung solche angeboten und sie seinem Gesäßndriss nach auch theilweise in diebischer Weise sich verschafft habe. Dietz sei auch vollständig in der Lage gewesen, Wichtiges und Unwichtiges zu unterscheiden, da die französische Regierung beziehentlich der Oberst Vincent ihn selbst als Goldes werth bezeichnet habe. Das Verbrechen des Dietz sei das denkbar schwerste, der Schaden, den er angerichtet, unermesslich; deshalb seien keine mildernden Umstände angenommen, sondern nur Rücksicht genommen auf die bittere Noth und das offene Gesäßndriss. Die Chefrau des Dietz sei ebenfalls für überführt erachtet; sie habe den Verkehr mit der französischen Regierung erst vermittelt und ohne sie würde wahrscheinlich der ganze Landesvertrag nicht vorgekommen sein. Die Frau sei dem Gerichtshof als klug und thatkraftig erschienen und die Annahme sei ausgeschlossen, daß ihr Ehemann vor ihr Geheimnisse bewahrt habe, auch habe sie Gelder angenommen; es seien ihr ebenfalls keine mildernden Umstände zugebilligt. Beijuglich des Appells habe das Gericht die Überzeugung von seiner Schuld gewonnen. Auf die Aussagen des Cabannes allein habe das Gericht nicht Gewicht gelegt, wohl aber auf die mit jener völlig übereinstimmenden Aussagen der Chefrau des Cabannes; eine Verbindung zwischen den beiden Eheleuten in dieser Hinsicht sei unmöglich gewesen. Ferner hätten sich in den eigenen Angaben Appells Widersprüche ergeben, auch liege ein beschränktes Gesäßndriss derselben vor. Mildernde Umstände seien hinsichtlich Appells angenommen, weil derselbe ein geborener Franzose sei und aus exaltirter Anhänglichkeit an Frankreich zum Verrathen beigebracht, resp. angestiftet und deshalb auch Beamte bestochen habe.

Die Königin von Serbien

beharrt in ihrem Widerstande gegen die ihr angesonne Ehescheidung und bleibt bei der Annahme, daß die Trennung durch kein kirchliches Gesetz erzwingbar sei. Der wahre Grund der Weigerung aber liegt, wie dem „Pester Lloyd“ gemeldet wird, darin, daß die Königin auf sehr hohe Intervention zu ihren Gunsten rechnet. Sie hat sich an einige große Höfe mit der Bitte um Vermittelung in Belgrad gewendet.

Jedenfalls ist die Sendung des Belgrader Bischofs Imitrie zur Königin nach Wiesbaden gänzlich erfolglos geblieben. Gestern hat der kirchliche Würdenträger die Heimreise nach Belgrad angetreten, ohne von der Königin überhaupt auch nur zu einer einzigen Audienz empfangen worden zu sein. Nun wird General Protic Schritte thun, um den Kronprinzen nach der serbischen Hauptstadt zu geleiten.

Englische Heeresreformen.

Vor dem Parlamentsausschuß zur Prüfung des Armeebudgets wurde dieser Tage wieder der Herzog von Cambridge verhört, welcher sich im allgemeinen gegen zu alte Offiziere ausprach. Namentlich für die Cavallerie seien junge Offiziere vorzuziehen. Wenn das Avancement nicht so schnell wie bisher wäre, so würden sich wenige Gehilfe veranlaßt finden, in die Armee einzutreten. An der Uniform der britischen Soldaten könnten keine Ersparnisse gemacht werden. Gegen die Reduzirung der Zahl der Generäle von 290 auf 140 hatte der Herzog nichts einzubringen, meinte im Gegenteil, die Zahl könne noch weiter herabgesetzt werden, vorausgesetzt, daß sie groß genug bleibe für unvorhergesehene Fälle.

Die Folgen des Prozesses O'Donnell.

Der Verleumdungsprojekt, den der ehemalige irische Deputierte O'Donnell gegen die „Times“ deshalb angestrengt hatte, weil das Cityblatt behauptete, O'Donnell habe mit den Mörfern von Fenian und Burke im Phoenixpark zu Dublin in Verbindung gestanden, hat bekanntlich mit der Abweisung des Klagers geendigt. Auch auf den Trensführer Parnell sind dabei üble Streitschläfer gefallen, und derselbe hat sich beeilt, im Parlement dagegen Stellung zu nehmen, indem er selbst eine nähere Unterforschung beijuglich seiner Person verlangt. Aus London wird darüber von gestern telegraphiert:

„Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, zur Unterforschung der schweren Anklagen gegen Parnell, welche gelegentlich des Prozesses O'Donnell gegen die „Times“ laut geworden, sei ein Unterhauscomitee nicht competent, für diesen Zweck gebe es kompetente, absolut unparteiische Gerichte. Parnell zeigte darauf an, er werde selbst die Einführung eines Untersuchungs-Ausschusses beantragen, um die schmachvollen und unwahren Anschuldigungen des Generalfiscals zu widerlegen.“

Unruhen im Zululand.

Im englischen Südafrika sind für die Engländer die Sorgen im Wachsen. Im Oberhause gelangte gestern ein Telegramm zur Verlesung, wonach im Zululand Unruhen ausgebrochen und auch im südwestlichen Distrikte nördlich des Zululandes, sowie in dem reservierten Distrikte die Eingeborenen im Aufstande sind. Der Vertreter der Regierung sprach die Hoffnung aus, daß die dort befindlichen Truppen, falls nicht unerwartete weitere Verwicklungen eintraten, zur Unterdrückung des Aufstandes ausreichen würden.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

(Fortsetzung.)

II. Organisation.

Berührungs-Anstalten.

S. 27. Die Alters- und Invalidenversicherung erfolgt durch Versicherungsanstalten, welche nach Bestimmung der Landesregierungen für weitere Communalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet des Bundesstaates errichtet werden.

Auch kann für mehrere Bundesstaaten oder Gebiete derselben, sowie für mehrere Communalverbände eines Bundesstaates eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichtet werden.

S. 28. Die Errichtung der Versicherungsanstalten unterliegt der Genehmigung des Bundesrats. Soweit die Genehmigung nicht ertheilt wird, kann der Bundesrat nach Anhörung der beteiligten Landesregierungen die Errichtung der Versicherungsanstalten anordnen.

S. 29. Der Sitz der Versicherungsanstalt wird durch die Landesregierung bestimmt.

Ist die Versicherungsanstalt für mehrere Bundesstaaten oder Gebiete derselben errichtet, so bestimmt den Sitz, falls eine Vereinbarung der beteiligten Landesregierungen nicht zu Stande kommt, der Bundesrat.

S. 30. Die Versicherungsanstalt kann unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Für ihre Verbindlichkeiten haftet den Gläubigern das Anstaltsvermögen, soweit dasselbe zur Deckung der Verpflichtungen der Versicherungsanstalt nicht ausreicht, der Communalverband, für welchen die Versicherungsanstalt errichtet ist, im Unvermögensfalle derselben oder wenn die Versicherungsanstalt für den Bundesstaat errichtet ist, der Bundesstaat.

Ist die Versicherungsanstalt für mehrere Communalverbände oder Bundesstaaten oder Theile solcher errichtet, so bemüht sich deren im Falle der Unzulänglichkeit des Anstaltsvermögens eintretende Haftung nach dem Verhältniß der auf Grund der leichten Volkszählung festgestellten Bevölkerungssiffer derjenigen Bezirke, mit welchen sie an der Versicherungsanstalt befreit sind.

Das Vermögen der Versicherungsanstalt darf für andere Zwecke als die der Alters- und Invalidenversicherung nicht verwendet werden. Ihre Einnahmen und Ausgaben sind gesondert zu verrechnen, ihre Besteuerung gesondert zu verrechnen.

Die Versicherungsanstalt darf andere als die im § 1 bezeichneten Versicherungen sowie sonstige Geschäfte nicht übernehmen.

S. 31. Die durch die erste Einrichtung der Versicherungsanstalt entstehenden Kosten sind von dem Communalverband oder dem Bundesstaat, für welchen sie errichtet wird, vorzusehen. Für gemeinsame Versicherungsanstalten sind die Vorschüsse beim Mangel einer Vereinbarung nach dem in § 30 Absatz 2 vorgeesehenen Verhältniß zu leisten.

Die geleisteten Vorschüsse sind von der Versicherungsanstalt aus den zunächst eingehenden Versicherungsbeiträgen zu erstatzen.

Borstand.

S. 32. Die Versicherungsanstalt wird durch einen Vorstand verwaltet, soweit nicht einzelne Angelegenheiten durch Gesetz oder Statut dem Ausschuß oder anderen Organen übertragen sind.

Der Vorstand hat die Versicherungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten. Die Vertretung erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechts-handlungen, für welche nach den Gesetzen eine Special-macht erforderlich ist.

Die Vertretung der Versicherungsanstalt gegenüber dem Vorstand wird durch das Statut geregelt.

S. 33. Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde. Seine Geschäfte werden von einem oder mehreren Beamten des weiteren Communalverbandes oder Bundesstaates, für welchen die Versicherungsanstalt errichtet ist, wahrgenommen. Sofern diese Beamten nicht von der Landesregierung ernannt werden, bedürfen sie deren Bestätigung. Die Beigeuge dieser Beamten und ihrer hinterbliebenen sind von der Versicherungsanstalt zu verfügen.

Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so bestimmt die Landesregierung den Vorsitzenden und dessen

Kassen nicht angehören, ist nach Bestimmung der Landesregierung den Vertretungen der weiteren Communalverbände oder den Verwaltungen der Gemeindekrankenvielfach eine der Zahl dieser Personen entsprechende Beteiligung an der Wahl einzuräumen. Bei der Wahl seitens der Krankenkassen sowie der Anapforschaffkassen nehmen die Arbeitgeber angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die den Versicherten angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten Theil.

§ 35. Die Wahl der Vertreter erfolgt nach näherer Bestimmung einer Wahlordnung, welche von der Landes-Centralbehörde oder der von dieser bestimmten Behörde zu erlassen ist, unter Leitung eines Beauftragten dieser Behörde.

Für jeden Vertreter sind ein erster und zweiter Erzähler zu wählen, welche denselben in Beihilfe zu ersuchen und im Falle des Ausscheidens für den Rest der Wahlperiode in der Reihenfolge ihrer Wahl einzutreten haben.

Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Die Ausscheidenden können niedergemäßt werden.

Streitigkeiten über die Wahlen werden von denjenigen Behörden entschieden, welche die Wahlordnung erlassen hat.

§ 36. Wählbar zu Vertretern sind nur deutsche, männliche, großjährige, im Bezirk der Versicherungsanstalt wohnende Personen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und nicht durch richterliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen befreit sind.

Wählbar zu Vertretern der Arbeitgeber sind nur die Arbeitgeber der nach Maßgabe dieses Gesetzes versicherten Personen und die bevollmächtigte Leiter ihrer Betriebe, zu Vertretern der Versicherten die auf Grund dieses Gesetzes versicherten Personen.

Weitere Organe.

§ 37. Durch das Statut kann die Bildung eines Aufsichtsraths angeordnet werden, welcher die Geschäftsführung des Vorstandes der Versicherungsanstalt zu überwachen und die ihm durch das Statut außerdem übertragenen Obliegenheiten zu erfüllen hat. Wird ein Aufsichtsrath gebildet, so müssen die Mitglieder desselben den Anforderungen des § 36 genügen. Die Hälfte der Mitglieder muss aus Vertretern der Versicherten bestehen; dieselben sollen am Sitz des Aufsichtsraths oder dessen naher Umgebung ihren Wohnsitz haben oder beschäftigt sein. Der Aufsichtsrath ist befugt, die Berufung des Auschusses zu verlangen, sobald ihm dies im Interesse der Versicherungsanstalt erforderlich erscheint.

Durch das Statut kann die Einsetzung von Versichertenmännern als örtliche Organe der Versicherungsanstalt angeordnet werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths und die Versichertenmänner dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes sein.

Abschaffung.

§ 38. Sofern bei Abstimmungen des Ausschusses oder des Aufsichtsrates Arbeitgeber und Versicherte nicht in gleicher Anzahl vertreten sind, werden von denjenigen Mitgliederklassen, von welcher mehr Personen anwesend sind, durch das vom Vorstehenden zu ziehende Los so viel Personen von der Abstimmung ausgeschlossen, daß die gleiche Zahl beider Mitgliederklassen an der Abstimmung Theil nimmt. Bei Stimmenübereinstimmung giebt die Stimme des Vorstehenden den Ausschlag.

Statut.

§ 39. Für jede Versicherungsanstalt ist ein Statut zu errichten, welches von dem Ausschuß beschlossen wird. Dasselbe muß Bestimmung treffen:

1) über die Obliegenheiten und die Berufung des Ausschusses, über die Bestellung des Vorstehenden desselben und über die Art der Beschlussschaffung;

2) für den Fall der Bestellung weiterer Organe (§ 37) über die Art ihrer Bestellung sowie über die Abgrenzung ihrer Befugnisse;

3) für den Fall, daß der Vorstand aus mehreren Personen besteht, über die Art, in welcher die Beschlussschaffung des Vorstandes und seine Vertretung nach außen erfolgen soll;

4) über die Vertretung der Versicherungsanstalt gegenüber dem Vorstande (§ 33);

5) über die Zahl der Schiedsgerichtsbeisitzer;

6) über die Gewährung von Vergütungen auf Grund des § 43;

7) über die Aufstellung und Abnahme der Jahresrechnung, soweit hierüber nicht von der Landesregierung Bestimmungen getroffen werden;

8) über die Veröffentlichung der Rechnungsabschlüsse;

9) über die öffentlichen Blätter, durch welche Bekanntnisse zu erfolgen haben;

10) über die Voraussetzungen einer Abänderung des Statuts.

§ 40. Dem Ausschuß müssen vorbehalten werden:

1) die Wahl der Beisitzer der Schiedsgerichte;

2) die Prüfung der Jahresrechnung und die Aufstellung von Erinnerungen dazu;

3) die Beschlussschaffung über den Erlaß von Schuhvorschriften;

4) die Beschlussschaffung für die Bildung von Rückversicherungsverbänden;

5) die Abänderung des Statuts.

§ 41. Das Statut bedarf zu seiner Gültigkeit der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Dem lehrenden sind die von dem Ausschuß über das Statut gesetzten Beschlüsse mit den Protokollen durch den Vorstand binnen einer Woche einzureichen.

Gegen die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, durch welche die Genehmigung verlangt wird, findet binnen einer Frist von vier Wochen, vom Tage der Zustellung an den Vorstand ab, die Beschwerde an den Bundesrat statt.

Wird innerhalb dieser Frist Beschwerde nicht eingelegt, oder wird die Verlangung der Genehmigung des Statuts vom Bundesrat aufrecht erhalten, so hat das Reichs-Versicherungsamt innerhalb vier Wochen eine abermalige Beschlussschaffung zu ordnen. Wird auch dem anderweit beschlossenen Statut die Genehmigung endgültig verlangt, oder kommt ein Beschluss des Ausschusses über das Statut nicht zu Stande, so wird ein solches vom Reichs-Versicherungsamt erlassen. In letzterem Falle hat das Reichs-Versicherungsamt auf Kosten der Versicherungsanstalt die zur Ausführung des Statuts erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Abänderungen des Statuts bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts. Gegen die Verlangung der Genehmigung findet binnen vier Wochen, vom Tage der Zustellung ab, die Beschwerde an den Bundesrat statt.

Nach Feststellung des Statuts sind durch den Vorstand im „Reichsanzeiger“ und in dem für die Veröffentlichungen der Landes-Centralbehörde bestimmten Blatte der Name, Sitz und Bezirk der Versicherungsanstalt sowie der Name des Vorstehenden des Vorstandes bekannt zu machen. Veränderungen sind in gleicher Weise über öffentliche Kenntnis zu bringen.

§ 42. Den Vorsteh im Ausschuß führt bis zur Genehmigung des Statuts der Vorstehende des Vorstandes der Versicherungsanstalt. Derselbe beruft die Mitglieder des Ausschusses. Für diejenigen Mitglieder, welche am Erscheinen befindet sind und dies dem Vorstehenden des Vorstandes rechtzeitig mittheilen, sind die Erzähler zu laden.

Die Mitglieder des über das Statut beruhenden Ausschusses erhalten für ihre Teilnahme an den Beiträgen Vergütungen, welche von den Landes-Centralbehörden zu bestimmen sind.

§ 43. Die unbesoldeten Mitglieder des Vorstandes, die Mitglieder des Ausschusses und des Aufsichtsrats, die Versichertenmänner und die Schiedsgerichtsbeisitzer verwalten ihr Amt als Ehrenamt und erhalten nach den durch das Statut zu bestimmenden Sätzen nur Erzähler für baare Auslagen, die Vertreter der Versicherten außerdem Erzähler für entgangene Arbeitsverdienste.

Hafung der Mitglieder der Organe.

§ 44. Die Mitglieder des Vorstandes und des Auf-

sichtsrats, sowie die Vertrauensmänner haften der Versicherungsanstalt für getreue Geschäftswahrung, wie Vorwürfer ihren Münden.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats, sowie die Vertrauensmänner, welche absichtlich Nachtheit der Versicherungsanstalt handeln, unterliegen der Strafbestimmung des § 266 des Strafgesetzbuches.

Ablehnung von Wahlen.

§ 45. Wahlen zu solchen Stellen, welche als Ehrenamt wahrzunehmen sind, können von den Arbeitgebern und den nach Maßgabe dieses Gesetzes versicherten Personen und von bevollmächtigten Betriebsleitern solcher Arbeitgeber nur aus denselben Gründen abgelehnt werden, aus welchen die Ablehnung des Amtes eines Vorwürfers zulässig ist. Durch das Statut (§ 39) können die Ablehnungsgründe anders geregelt werden. Die bezeichneten Personen, welche eine Wahl ohne zulässigen Grund ablehnen oder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, können vom Vorstand mit Ordnungsstrafen bis zu eintausend Mark belegt werden. Diese Strafen fließen zur Kasse der Versicherungsanstalt.

Die Wiederwahl kann für eine Wahlperiode abgelehnt werden.

§ 46. So lange die Wahl der gesetzlichen Organe der Versicherungsanstalt nicht zu Stande kommt, oder so lange diese Organe die Erfüllung ihrer gesetzlichen oder statutarischen Obliegenheiten verweigern, hat der Vorstehende des Vorstandes die Lehrlinge auf Kosten der Versicherungsanstalt wahrzunehmen oder durch Beauftragte wahrnehmen zu lassen.

Unbehinderte Ausübung der Funktionen.

§ 47. Die Vertreter der Versicherten haben in jedem Falle, in welchem sie zur Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten berufen werden, die Arbeitgeber hierzu in Kenntnis zu sezen. Die Nichtleistung der Arbeit während der Zeit, in welcher die bezeichneten Personen durch die Wahrnehmung jener Obliegenheiten an der Arbeit verhindert sind, berechtigt den Arbeitgeber nicht, das Arbeitsverhältnis vor dem Ablauf der vertragsmäßigen Dauer desselben aufzuheben.

Reichscommissar.

§ 48. Für den Bezirk einer jeden Versicherungsanstalt wird zur Wahrung der Interessen der übrigen Versicherungsanstalten und des Reichs vom Reichskammergericht im Einvernehmen mit den Regierungen der befreiten Bundesstaaten ein Commissar bestellt. Derselbe ist insbesondere befugt, mit beratender Stimme allen Verhandlungen der Organe der Versicherungsanstalt und der Schiedsgerichte, von welchen ihm unter Mittheilung der Verhandlungsgegenstände rechtzeitig Kenntnis zu geben ist, beiwohnen, Anträge zu stellen, gegen solche Entschiedungen, durch welche die Erwerbsunfähigkeit anerkannt oder eine Rente festgesetzt wird, die zulässigen Rechtsmittel einzulegen und Einsicht in die Akten zu nehmen.

Die Gültigkeit der Commissare erstreckt sich auch auf diejenigen besonderen Hausseneinrichtungen (§§ 4 und 5) und Ausführungsbüros, welche im Bezirk des Commissars ihren Sitz haben.

Der Bundesrat ist befugt, für die Commissare Geschäftsausweisungen zu erlassen.

Gemeinsame Versicherungsanstalten.

§ 49. Auf gemeinsame Versicherungsanstalten finden die vorstehenden Bestimmungen mit folgenden Maßnahmen Anwendung:

1) Für die Bestellung der dem Vorstande angehörenden Beamten (§ 33) und für deren dienstliche Verhältnisse sind die am Sitz der Versicherungsanstalt gegebenen Vorschriften maßgebend. Erstreckt sich die Versicherungsanstalt über Gebiete mehrerer Bundesstaaten, so entscheidet über die Bestellung der Beamten, falls ein Einverständnis unter den beteiligten Regierungen nicht erzielt wird, der Bundesrat.

2) Die im § 34 Absatz 2 vorgesehene Bestimmung der Zahl der Vertreter wird, wenn sich die Versicherungsanstalt über die Gebiete mehrerer Bundesstaaten erstreckt und ein Einverständnis unter den beteiligten Regierungen nicht erzielt wird, vom Bundesrat geprägt.

3) Die im § 34 Absatz 1 bezeichnete Wahlordnung wird, sofern sich der Bezirk der Versicherungsanstalt über die Gebiete mehrerer Bundesstaaten erstreckt, vom Reichs-Versicherungsamt erlassen.

4) Die im § 39 Absatz 7 zugelassenen Bestimmungen über die Aufstellung und Abnahme der Jahresrechnung werden von der Landes-Centralbehörde desjenigen Bundesstaates erlassen, in welchem sich der Sitz der Versicherungsanstalt befindet.

5) Die Regelung der Vergütung an die Mitglieder des Statut beruhenden Ausschusses (§ 42 Absatz 2) erfolgt durch die Centralbehörde desjenigen Bundesstaates, in welchem sich der Sitz der Versicherungsanstalt befindet.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland.

* Berlin, 9. Juli. Zum Empfang des Kaisers in Aiel werden Ehrenporten bei dem „Hotel Germania“, auf der Holstenbrücke und auf der Barbarossabrücke von Seiten der Stadt errichtet, auch soll der Markt entsprechend geschmückt werden. Der Magistrat der Stadt Aiel erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt: Am Sonnabend, den 14. d. M. Morgens werden Ge. Majestät der Kaiser und König hier eintreffen und sich auf dem Wege durch die Stadt an Bord der Yacht „Hohenzollern“ begeben. Überall und namentlich in den von Gr. Majestät zu passirenden Straßen — Alinck, Vorstadt, Holstenstraße, Markt, Dänischestraße, Schloßgarten — wird die Bürgerstadt bestrebt sein, durch möglichst reiches Beflaggen, Bekränzen und Ausschmücken der Häuser der anhänglichen Liebe und unerschütterlichen Treue, welche wir für unseren Kaiser hegen, Ausdruck zu geben. Zugleich werden die Corporationen, Gewerke, Vereine u. s. m. erlaubt, sich zahlreich bei dem Empfang zu beteiligen.

* Berlin, 9. Juli. Herr v. Wedell-Piesdorf wird dem von der „Kreuzig.“ angeregten Streit darüber, ob seine Ernennung zum Minister des königl. Hauses die Niederlegung des Mandats bedinge, dadurch ein Ende machen, daß er, wie vielschmal vorausgesetzt wurde, demnächst selbst sein Mandat in die Hände seiner Wähler zurückgeben wird. Wahrscheinlich scheidet Herr v. Wedell damit und für immer aus dem parlamentarischen Leben, dem er überhaupt nicht lange angehört hat. Mitglied des Herrenhauses bleib Herr v. Wedell übrigens. Hier gehört er zu den äußersten Rechten und vertritt den Verband der Familie v. Wedell.

* Berlin, 9. Juli. Gegenwärtig werden von Münzsammlern wie vom größeren Publikum die sogenannten Sterbenthaler Friedrich Wilhelms IV., d. h. die im Jahre 1861 geprägten Einhalstalerstücke mit dem Bildnis des Königs, mit mehr oder weniger grohem Aufgeleg zu kaufen gesucht. Wie die königliche Münzdirektion auf eine an sie gerichtete bezügliche Anfrage mitgetheilt hat, sind von diesen Sterbenthalern seinerzeit 3000 Stück geprägt worden.

* [Prinz Georg von Sachsen]. der bekanntlich soeben zum Generalfeldmarschall und Inspecteur der ersten Armeeinspektion ernannt worden ist, steht gegenwärtig im 56. Lebensjahr. Das Kommando des sächsischen Armeecorps übernahm er im Sommer des Jahres 1870, als der damalige Kronprinz und jetzige König Albert von Sachsen die Führung der Maas-Armee beauftragt wurde.

* [Gouverneur a. D. v. Friedenthal] auf Günthersdorf, Kreis Grünberg, hat dem Generalpächter seiner Deutsch-Wartenberger Güter, Herrn

erlittenen großen Verluste das Pachtgeld auf ein halbes Jahr in Höhe von 48 000 Mk. erlassen.

* [Die Broschüre über die Krankheit des Kaisers.] Die bereits mehrfach angekündigte Broschüre über die Krankheit des Kaisers Friedrich und über die ärztliche Behandlung, die ihm zu Theil geworden ist, soll nun bestimmt gegen die Mitte der nächsten Woche „unter amtlicher Autorisation“ erscheinen, und in sechs Druckbogen die im Hausministerium niedergelegten Berichte der Herren Bardeleben, v. Bergmann, Bramann, Gerhardt, Kühnau, Landgraf, Schmidt, Schrötter, Tobold und Waldeyer, unter Ausschluß der auch deutschen Aerzte Senator und Krause, sowie Mackenzi, enthalten. Die „König. Blg.“ begleitet die Ankündigung dieser Erscheinung mit Worten, daß man sich auf eine Sensationschrift vorbereiten müsse. Mit Schaudern, schreibt das rheinische Blatt, werde man erleben, in welchen Händen das kostbare Leben in der entscheidenden Zeit geschwebt hat. Dazu bemerkt die „Liberale Correspondenz“: Wir können gegenüber dieser realitätsartigen Ankündigung nochmals versichern, daß die Darstellung der Krankengeschichte in völlig objektiver Weise erfolgen wird, soweit dies möglich ist bei dem Mangel eines Berichts seitens des ersten behandelnden Arztes. Sollte die Schrift wirklich einen polemischen Charakter tragen, so kann man sich auf eine Erwidерung gesetzt machen.

* [Breslau, 9. Juli. Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Grünberg-Frensdorf, Commerzienrat Gruschwitz (cons.), ist, wie die „Bresl. Blg.“ meldet, gestern in Neusalz gestorben.

* [Posen, 9. Juli. Der Minister für Landwirtschaft v. Lucius ist heute Nachmittag in Begleitung eines Raethes des landwirtschaftlichen Ministeriums hier eingetroffen. Der Minister nahm darauf an der gemeinsamen Sitzung der Ansiedelungskommission Theil. Morgen (Dienstag) findet, dem Vernehmen der „P. J.“ nach, eine Bereisung der Ansiedelungsgüter statt, an welcher sich der Minister gleichfalls beteiligen wird.

* [Baden-Baden, 9. Juli. Die Kaiserin Augusta empfing heute Mittag den Besuch des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin von Baden und sprach dem Erbgroßherzog, welcher heute die Feier seines Geburtstages begeht, die innigsten Glückwünsche aus.

* [Darmstadt, 9. Juli. Prinz Alexander von Battenberg schwieb gestern in größter Lebensgefahr. Bei einer Spazierfahrt vom Heiligenberg (Jugenheim) nach dem Stettbacher Thal scherte das Pferd und drängte nach dem steilen Abgrund. Der Diener sprang aus dem Wagen. Der Prinz, welcher selbst kutschirte, vermochte das Pferd nicht zu halten und stürzte mit dem Wagen den Berg hinunter. Er selbst ward aus dem Wagen hinausgeschleudert, hatte jedoch die Geistesgegenwart, nachdem er etwa 40 Fuß tiefe gefallen war, einen Strauch zu ersägen und sich an denselben zu halten, während das Pferd und der Wagen in die Tiefe stürzten. Ein herbeigeholter Arzt stellte fest, daß die Verletzungen des Prinzen nur leichte sind. (B. L.)

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 9. Juli. In nächster Woche erfolgt die Ausrüstung zweier ungarischer Corps mit dem kleinkalibrigen Repetirgewehr; bis Ende 1889 werden neun Corps mit der neuen Waffe und der neuen leichteren Infanterie-Ausrüstung versehen sein.

Frankreich.

* Paris, 9. Juli. Die Deputirtenkammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffs der 4 Steuerquoten, deren Bewilligung für die nächste Session der Generalräthe notwendig sei. Die Session wird voraussichtlich Mitte dieses Monats geschlossen.

* Die Rechte hat die Interpellation über die Beschlagnahme der Briefe des Grafen von Paris an die Maires auf neue verlängert.

Morgen findet zur Feier der Aushebung der Sklaverei in Brasilien ein Festbankett statt, welchem der Minister Goblet beiwohnen wird.

England.

* London, 9. Juli. [Unterhaus.] Der Sprecher verlas ein Schreiben des englischen Botschafters Malet in Berlin, in welchem der Dank der Kaiserin-Wittwe Victoria für die vom Unterhause aus Anlaß des Ablebens des Kaisers Friedrich beschlossene Beileidsadresse übermittelt wird.

Spanien.

* Madrid, 9. Juli. Die spanische Regierung ist der Guzman-Convention beigetreten. (W. L.)

